



© Route55 / Shutterstock.com

Erkundungsmission des EWSA zur Situation der Flüchtlinge – Die Perspektive der Organisationen der Zivilgesellschaft



BERICHT ÜBER DIE INFORMATIONSTREISE
NACH DEUTSCHLAND
7./8. JANUAR 2016



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Bericht über die Informationsreise nach Deutschland, 7./8. Januar 2016

Im Dezember 2015 und Januar 2016 besuchten Delegationen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) 11 EU-Mitgliedstaaten, um zivilgesellschaftliche Organisationen, die mit Migranten arbeiten, zu treffen und sich über Probleme, Erfordernisse, Misserfolge, Erfolgsgeschichten und bewährte Praktiken der verschiedenen Akteure in der aktuellen Flüchtlingskrise zu informieren, wobei das übergeordnete Ziel darin bestand, einen Beitrag zur EU-Politikgestaltung zu leisten. Mitglieder der Delegation, die nach Deutschland reiste, waren Antti-Jukka Ahtela (Finnland, Gruppe Arbeitgeber), Peter Schmidt (Deutschland, Gruppe Arbeitnehmer) und Krzysztof Balon (Polen, Gruppe Verschiedene Interessen). Begleitet wurde sie von Johannes Kind (Sekretariat des EWSA). Die Delegation besuchte Einrichtungen und hielt am 7./8. Januar 2016 Sitzungen in München und Passau ab.

1. Schlussfolgerungen

Die Reaktion der zuständigen Behörden auf Bundes- und Länderebene auf den massiven Zustrom von Migranten in den Jahren 2014 und 2015 erwies sich als unzulänglich. Es ist das Verdienst von Freiwilligen, Spendern, zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Bundespolizei und der lokalen Behörden, dass Chaos verhindert werden konnte und die Aufnahme von Migranten jetzt relativ gut funktioniert. Die Bürgermeister von Passau und München haben ihre Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche überschritten, um die von Bundes- und Landesbehörden hinterlassene Lücke zu schließen, wobei die Rolle der Zivilgesellschaft von wesentlicher Bedeutung ist und bleibt. Die Städte München und Passau haben für ihren Einsatz beträchtliche Schulden auf sich genommen.

Über eine Million Migranten kamen im Jahr 2015 nach Deutschland, und der Flüchtlingsstrom reißt nicht ab (in Passau allein lag der Spitzenwert an einem einzigen Tag - 26. Oktober 2016 - bei über 8 000 Neuankömmlingen; Anfang Januar 2016 waren es ca. 2 000 Personen). Die deutschen und die österreichischen Behörden einigten sich informell auf eine Aufnahmekapazität von 3 600 aus Österreich mit dem Bus eintreffenden Migranten pro Tag. Institutionen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Freiwillige erreichen die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Sie erwarten Schwierigkeiten, wenn die Zahl der Migranten aufgrund besserer Witterungsbedingungen zunimmt und die Zahl der Freiwilligen allmählich abnimmt.

Sprachkurse, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Arbeitsplätze sind für die Integration der Migranten von zentraler Bedeutung. Die Integration von Kindern und Jugendlichen in Betreuungseinrichtungen und Lehranstalten spielt eine sehr wichtige Rolle für die Integration ihrer Familien. Die gesetzlich vorgesehene sehr umfangreiche Unterstützung für unbegleitete Minderjährige verdeutlicht die Relevanz und den Nutzen von Sprach- und Integrationskursen, Schul- und Berufsausbildung und Mentoring.

Bayern wendet das Modell "3+2" an: Nach einer dreijährigen Berufsbildung innerhalb des dualen Systems aus Ausbildung und Arbeit können Migranten zwei Jahre lang weiterbeschäftigt werden. Während dieser Zeit werden sie toleriert, auch wenn ihr Asylantrag letztlich abgelehnt werden sollte.

Dieses Modell bietet sowohl den Migranten als auch ihren Arbeitgebern Sicherheit und stellt eine lohnende Investition von Zeit und Geld dar.

2. Zusammenfassung der Treffen

a) **Flüchtlingsunterkunft Salzweg, Landkreis Passau, betrieben von der Kreisverwaltung im Auftrag der Landesregierung - Treffen mit der Caritas, Freiwilligen vor Ort und öffentlichen Angestellten in Anwesenheit lokaler Medien**

Gegen den anfänglichen Widerstand von Gemeindevertretern und Bürgern wurde im Stadtzentrum eine Flüchtlingsunterkunft mit Hilfe einer lokalen Initiative engagierter Bürger eingerichtet. Salzweg hat rund 7 000 Einwohner und beherbergt nun etwa 300 Asylbewerber sowohl in der Einrichtung selbst als auch in Häusern und Wohnungen in der Stadt. Die Einrichtung wird von der Kreisverwaltung (2 Mitarbeiter) betrieben, während die Caritas (1/2 Mitarbeiter) einen Beratungsservice für Migranten aufgebaut hat. Die Einrichtung ist bei Sprachkursen, Integrationsprogrammen und logistischen Herausforderungen in hohem Maße auf die Unterstützung von freiwilligen Helfern angewiesen. Die Caritas, die 80% der normalen Personalkosten von der Landesregierung erstattet bekommt (jedoch höhere Löhne als die üblichen Personalkosten zahlt, was bedeutet, dass letztlich 63% der Personalkosten erstattet werden), kann nicht den Migranten in allen derzeit in der Region betriebenen Einrichtungen Hilfe und Beratung anbieten.

b) **Flüchtlingsnotunterkunft in Lindau, betrieben von der Stadt Passau – Treffen mit Vertretern der Stadt Passau, lokalen Medien und Flüchtlingen**

In der von der Stadt Passau betriebenen Einrichtung leben Migranten, die erfolgreich die Erstregistrierung bei der Bundespolizei durchlaufen haben und nun auf die ordnungsgemäße Eintragung ihres Asylantrags in der bayerischen Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Deggendorf warten. Jede Stadt und jeder Landkreis kann zur Bereitstellung von 200 Plätzen für Migranten verpflichtet werden. In dieser Einrichtung sind derzeit 300 Menschen untergebracht; ihre Kapazität liegt bei 400. Die Migranten bleiben für ein bis zwei Monate in der Notunterkunft; 50 bis 100 Migranten treffen monatlich nach der Erstregistrierung durch die Bundespolizei ein, während ebenso viele die Einrichtung im Zusammenhang mit der Registrierung ihres Asylantrags verlassen. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass täglich 1 000 bis 2 000 Migranten Passau - d.h. 100 Personen pro Stunde (zwei Busse aus Österreich) - erreichen und insgesamt 3 000 Migranten in Bayern ankommen, die per Bus und Bahn auf andere Notunterkünfte in ganz Deutschland verteilt werden. Die Kosten (ausgenommen Personalkosten) werden von der Landesregierung erstattet. Ein Sicherheitsdienst arbeitet in zwei Schichten in der Einrichtung. Einer der Mitarbeiter spricht arabisch. Lebensmittel werden von einem Cateringservice bereitgestellt (zwei warme Mahlzeiten, eine auf Brot basierende Mahlzeit).

c) Bahnhof Passau, Betreiber: Bundespolizei mit der Unterstützung von Freiwilligen – Treffen mit der Bundespolizei und Freiwilligen

Zu Beginn der Flüchtlingskrise trafen ca. 2 000 Migranten pro Tag mit dem Zug in Passau ein (mehr als 8 000 Migranten zur Spitzenzeit am 26. Oktober 2015), wurden von der Bundespolizei registriert und erhielten Unterstützung von spontan mithelfenden Freiwilligen. Nachdem Deutschland und Österreich sich darauf geeinigt haben, dass Migranten lediglich mit dem Bus anreisen (siehe Punkt d) des derzeit geltenden Verfahrens), dient der Bahnhof nun lediglich zur Beförderung von Migranten zur bayerischen Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Deggendorf und zur Verteilung von Migranten über ganz Deutschland. Mehrmals täglich werden Migranten, die mit Dutzenden Bussen aus Deggendorf ankommen, wo sie ihren Asylantrag gestellt haben, mit Hilfe der Bundespolizei in Züge gesetzt. Die Polizei agiert mit 38 Mitarbeitern im Auftrag des BAMF, das nicht über genügend Personal verfügt.

Freiwillige, die sich mit Ausnahme eines spontan ausgefüllten Zeiterfassungsbogens nicht formell organisieren, stellen sicher, dass die Migranten während der Wartezeit von bis zu 1,5 Stunden im Freien Unterstützung erhalten (einschließlich medizinischer Versorgung, falls erforderlich). Pro Schicht sind fünf bis sechs Freiwillige aktiv. Alle Speisen und Getränke auf dem Bahnhof werden gespendet; außerdem erhalten Migranten Reiseproviant von den Behörden. Derzeit sinkt die Zahl der Spenden und Freiwilligen.

d) Registrierungsstelle Danziger Straße, Passau, Erstregistrierung von Migranten durch die Bundespolizei – Treffen mit der Bundespolizei

Die Registrierungsstelle ersetzt Kontrollen, die sonst typischerweise an einem Grenzübergang vorgenommen würden. Wie mit den österreichischen Behörden vereinbart, treffen pro Stunde zwei Busse mit Migranten ein. Migranten, die Asyl in Deutschland beantragen, werden registriert (Fingerabdrücke, Leibesvisitation, Fragebogen, Überprüfung einer bereits in Deutschland erfolgten Registrierung, kein Abgleich mit dem europäischen System). Migranten, die anderswo Asyl beantragen möchten, aus einem sicheren Herkunftsland kommen oder deren Asylantrag in Deutschland bereits abgelehnt wurde, werden zurück nach Österreich geschickt (eventuell beantragen sie in den folgenden Tagen erneut Asyl in Deutschland). Seit dem 8. Dezember 2015 wird auf diese Weise verfahren; bis zum 7. Januar 2015 wurden ca. 3 000 Migranten rückgeführt. Zuvor war es nicht möglich, Migranten zurück nach Österreich zu schicken; Slowenien nimmt immer noch keine Migranten zurück (Stand: 7. Januar). Familien werden niemals getrennt. Wenn es beispielsweise zu einem Ausbruch einer ansteckenden Kinderkrankheit in einer Basiseinrichtung kommt, werden Familien mit Kindern unter einem bestimmten Alter nicht dorthin geschickt. Nach der Registrierung werden die Migranten mit dem Zug nach Deggendorf (bayerische Außenstelle des BAMF) oder mit dem Bus nach Österreich gebracht.

Die Polizei erhält Unterstützung von Freiwilligen, die den Migranten helfen – siehe Punkt f) "Passau verbindet".

e) **Stadt Passau – Treffen mit Vertretern der Stadt Passau**

Da Passau seit 2014 täglich mit der Ankunft von Tausenden Migranten konfrontiert ist (von Oktober bis Dezember 2015 kamen insgesamt 300 000 Menschen), schloss die Stadt die bestehende Lücke, da sie einer humanitären Verpflichtung empfand und das Funktionieren des öffentlichen Lebens sicherstellen wollte. Passau konnte auf funktionierende Mechanismen zurückgreifen, die sich bei den Überschwemmungen einige Jahre zuvor als erfolgreich erwiesen hatten. Dazu gehörten die spontane Mithilfe von Freiwilligen, flache Hierarchien, Selbstorganisation, die Mobilisierung von Gemeindepersonal sowie zusätzliche Haushaltsmittel, deren Erstattung noch ungewiss ist. Passau bezieht Mandatsträger der lokalen bis europäischen Ebene mit ein ("Passauer Runde"). Migranten werden gleichmäßig über Deutschland verteilt, mit Ausnahme von unbegleiteten Minderjährigen, um die sich grenznahe Gemeinden kümmern.

f) **Passau verbindet – Treffen mit Freiwilligen, die Migranten an der Registrierungsstelle Danziger Straße unterstützen**

"Passau verbindet" entstand aus einer spontanen Hochwasserhilfe der Universität Passau im Jahr 2013 und verfügt über 10 Koordinatoren, die den Freiwilligen dabei helfen, sich zu organisieren und als Bindeglieder zur Bundespolizei zu agieren. Die Koordinatoren stellen einen Leitfaden zur Verfügung, legen Anforderungen fest, akzeptieren eine Selbstregistrierung über Facebook (die für den Zugang zu polizeilich kontrollierten Gebieten benötigt wird), organisieren Einsatzpläne, für die immer weniger Freiwillige zur Verfügung stehen, und versenden Alarm-SMS, wenn mehr Freiwillige benötigt werden (typischerweise in der Nacht). Die Freiwilligen, von denen die Hälfte Studierende sind, stellen Essen und Wasser, heißen Tee und anfänglich auch Babynahrung sowie medizinische Hilfe bereit. Die Initiative begann mit vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Freiwilligen und der Bundespolizei, die sich zunächst zeitweise in hohem Maße auf die Freiwilligen verließ und dann schrittweise die Aufgaben übernahm. Ohne die Freiwilligen würde es weder heißen Tee noch eine Malecke für Kinder geben - und keine Willkommenskultur oder Möglichkeit für die Bürger, mit Migranten in Kontakt zu kommen. Außerdem organisieren die Freiwilligen langfristige Aktivitäten für die bleibenden Migranten, wie z.B. Begrüßungsabendessen, gemeinsame sportliche Aktivitäten mit Flüchtlingen und Betreuungsmaßnahmen.

g) **Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern – Treffen mit Vertretern der Kammer in ihrem Hauptsitz**

Die Industrie- und Handelskammern (die Mitgliedschaft ist für alle Unternehmen verpflichtend) sind für die Ausbildung der Lehrlinge innerhalb des dualen Systems zuständig, das in Deutschland aus beruflicher und schulischer Bildung besteht. Während der Flüchtlingskrise haben die Unternehmen Personal zur Verfügung gestellt und humanitäre Hilfe geleistet. Langfristig investieren sie in Bildung und Qualifikation von Migranten, die Schlüsselfaktoren für die Integration und Vorbeugung sozialer Konflikte sind. Bayern hat das Schulpflichtalter auf 21 Jahre angehoben, wodurch es den 16- bis 21-jährigen Migranten ermöglicht wird, im Rahmen eines Integrationsprogramms zwei Jahre lang u.a. Deutsch- und Berufsausbildungskurse zu belegen. In Bayern gibt es rund 40 000 Migranten zwischen

18 und 21 Jahren, und alleine in München gibt es 8 000 unbegleitete Minderjährige. Andererseits gibt es in Bayern rund 10 000 freie Plätze im dualen System.

Bayern wendet das Modell "3+2" an: Nach einer dreijährigen Berufsbildung innerhalb des dualen Systems aus Ausbildung und Arbeit können Migranten zwei Jahre lang weiterbeschäftigt werden. Während dieser Zeit werden sie toleriert, auch wenn ihr Asylantrag letztlich abgelehnt werden sollte. Um an dem Programm teilnehmen zu können, müssen Migranten aus einem als nicht sicher eingestuften Herkunftsland kommen. Bevor das Modell "3+2" eingeführt wurde, erhielten Asylsuchende eine Duldung zwischen vier Wochen und mehreren Monaten. Migranten, die sich in dem dualen System befinden, erhalten während ihrer Berufsausbildung eine Sprachförderung durch ihren Arbeitgeber und parallel dazu Sprachkurse von der Industrie- und Handelskammer. Die bayerischen Handelskammern investieren pro Jahr 8 Millionen Euro in Sprachkurse für Migranten, was innerhalb der deutschen Industrie- und Handelskammern kontrovers diskutiert wird. Außerdem unterstützen sie die Unternehmen bei Themen wie Asyl, Wohnung und Sprachunterricht.

h) Condrobs – Treffen mit Vertretern von Condrobs in der Gemeinschaftsunterkunft in der Kistlerhofstraße 144

Condrobs kümmert sich um die Betreuung von Minderjährigen und hat seine Dienstleistungen auf unbegleitete Minderjährige aus Drittländern ausgeweitet. Unbegleitete Minderjährige erhalten die gleiche Unterstützung wie einheimische Minderjährige in staatlichen Einrichtungen, für die die Gemeinden die Verantwortung tragen (auch in finanzieller Hinsicht). Umfangreiche Unterstützung gibt es hinsichtlich der personellen und finanziellen Ressourcen (dabei kommt ein Mitarbeiter auf sechs Minderjährige). Unbegleitete Minderjährige sind in der Regel selbstständiger als einheimische Minderjährige. Jedoch benötigen sie eine umfangreichere sprachliche und sonstige Ausbildung sowie psychologische Unterstützung, da sie aufgrund der Trennung von ihren Familien und der zurückgelegten Reise häufig traumatisiert sind. Weibliche Minderjährige machen eine Minderheit von 10-15% aus und sind tendenziell stärker traumatisiert. Die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen ist deutlich angestiegen: von 500 im Jahr 2013 auf etwa 5 000 im Jahr 2015. Sie übersteigt nun die Kapazität der Schulen. Das Projekt bietet unbegleiteten Minderjährigen Unterstützung und eine Unterkunft, die sie mit Studenten teilen, die aufgrund von Erfahrungen in Ländern der Dritten Welt ausgewählt wurden. Minderjährige und Studenten gehen unter der Woche zur (Hoch-)Schule und treffen sich bei gemeinsamen Aktivitäten am Abend oder am Wochenende. Die Studenten arbeiten am Empfang mit, geben Sprachunterricht und werden schrittweise dazu ausgebildet, die Minderjährigen zu betreuen.

i) Caritas – Treffen mit Vertretern von Caritas Bayern

Die Caritas berät Migranten in asylbezogenen und sozialen Fragen, während diese auf eine Entscheidung bezüglich ihres Asylantrags warten (dies kann sich über mehrere Wochen bis zu zehn Jahren hinziehen) - so auch im Fall der Unterkunft, die die Delegation am Vortag besuchte. Die Caritas bietet außerdem nach Anerkennung der Asylanträge eine Integrationsbegleitung. Für diese Aufgaben wird sie von der Regierung kofinanziert. Die Caritas sorgt für die Kinderbetreuung, wobei auf einen Mitarbeiter zehn Kinder kommen (bzw. elf, falls sich Migrantenkinder in der Gruppe befinden). Diese Leistung wird von den Gemeinden kofinanziert. Die Caritas international unterhält

Ausbildungs- und Informationszentren in Nordafrika, die Schulen betreiben, eine berufliche Ausbildung anbieten und grundsätzlich in den Herkunfts- und Transitländern Zukunftsperspektiven eröffnen.

j) Stadtwerke München – Treffen mit Personalvertretern und einem Unternehmensvertreter der Stadtwerke München

Anfänglich sammelten Mitarbeiter Spenden zur Unterstützung von Migranten. Als der Bürgermeister der Stadt im Herbst 2014 angesichts der Untätigkeit der Landesregierung beschloss, jede verfügbare Räumlichkeit als Notunterkunft zu nutzen, stellten die Stadtwerke den VIP-Bereich des von ihnen betriebenen Olympiastadions sowie ehrenamtliche Mitarbeiter zur Verfügung. Die erforderliche Koordinierung übernahmen Freiwillige, die in Analogie zu den Vorschriften über die freiwillige Feuerwehr freigestellt wurden. Die Freiwilligen sorgen für medizinische Behandlung, Rechts- und Asylberatung, Sport- und Kinderprogramme sowie Ausflüge. Viele der Ehrenamtlichen kamen von den Stadtwerken, aber auch aus der städtischen und regionalen Verwaltung, die in Sonderschichten arbeiteten. Die Stadt war für Sicherheit und Verpflegung zuständig und verließ sich auf die Kostenübernahme durch die Landesregierung. Das Stadion wurde im Sommer für Sportveranstaltungen genutzt und wurde im Oktober 2015 (auf dem zweiten Höhepunkt der Flüchtlingskrise) als Notunterkunft wiedereröffnet.

k) Arbeiterwohlfahrt – Treffen mit Vorstands- und Personalmitgliedern

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist ein etablierter Wohlfahrtsverband, der erst vor kurzem damit begann, Notunterkünfte für Migranten bereitzustellen und unbegleitete Minderjährige zu betreuen. Die Region München ist die teuerste Wohngegend in Deutschland-Die AWO muss daher aufblasbare Großraumzelte für bis zu 300 Migranten bereitstellen, einschließlich 24-Stunden-Sicherheitsdienst, Sozialbetreuung, medizinischer Untersuchung und Sprachunterricht am Tag. Die Bedingungen gelten insbesondere für Familien mit kleinen Kindern als sehr schwierig. Täglich kommen bis zu 150 Menschen an. Bei der AWO kommen auf einen Mitarbeiter 100 Migranten, was über dem durchschnittlichen Verhältnis von einem Mitarbeiter pro 150 Migranten liegt. Die Einrichtungen können nur mit der Hilfe von Freiwilligen aufrechterhalten werden.

l) Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration – Videokonferenz mit den Vertretern des Ministeriums am 20. Januar 2016 in München und Brüssel

Die meisten Flüchtlinge gelangen über Bayern nach Deutschland. Deswegen befindet sich in Bayern ein unverhältnismäßig hoher Anteil an Aufnahmeeinrichtungen und Unterstützung für unbegleitete Minderjährige, die gewöhnlich in der Gemeinde bleiben, wo sie als erstes ankommen. Die Migranten werden dann mittels eines Schlüssels in Deutschland verteilt (Bayern: 15%), wohingegen der Umsiedlungsmechanismus noch nicht greift. Bayerns Ausgaben für Asyl- und Sozialberatung stiegen von 5 Millionen EUR im Jahr 2014 auf 30 Millionen EUR im Jahr 2016. Außerdem haben sich die Ausgaben für Sprachkurse vervielfacht. In Bayern wurde 2013 ein Rahmen für den systematischen Sprachunterricht festgelegt, während der Bund nur Integrationskurse bereitstellt. Darüber hinaus werden in Bayern besondere Maßnahmen zur Berufsausbildung und Arbeitsmarktintegration

umgesetzt, die als Schlüssel zu einer erfolgreichen allgemeinen Integration gelten. Die Behörden sind vom großen ehrenamtlichen Engagement beeindruckt und erkennen ihre Pflicht an, die Unterbringung und Unterstützung der Migranten oder zumindest die Kostenübernahme sicherzustellen. Die Asyl- und Sozialberatung werden kofinanziert.
